



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Nicole Bäuml, Volkmars Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Jüdische Schülerinnen und Schüler schützen – Antisemitismusprävention an Bayerns Schulen endlich wirksam umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass

- die neue Publikation der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) „Antisemitismus zwischen Klassenzimmer und Freizeit. Jüdische Erfahrungen und Perspektiven in Bayern“ einen strukturellen Antisemitismus an bayerischen Schulen belegt, der seit dem 7. Oktober 2023 deutlich an Intensität gewonnen hat,
- jüdische Schülerinnen und Schüler in Bayern verbale Beschimpfungen, jüdenfeindliche Witze, Schoah-Verharmlosungen und Gewaltandrohungen erleben und sich zunehmend gezwungen sehen, ihre jüdische Identität zu verbergen,
- antisemitische Äußerungen der Studie zufolge auch von Lehrkräften ausgehen und Umstehende in den meisten Fällen schweigen,
- RIAS Bayern zwischen 2019 und Sommer 2025 insgesamt 114 antisemitische Vorfälle im schulischen Kontext registriert hat und die Gesamtzahl antisemitischer Vorfälle in Bayern im Jahr 2024 mit 1 515 Fällen nahezu doppelt so hoch war wie im Vorjahr,
- vielen Lehrkräften nach eigener Aussage der RIAS-Studie das notwendige Wissen fehlt, um Antisemitismus zu erkennen oder angemessen auf antisemitische Vorfälle zu reagieren,
- die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales zwar „Prävention an Schulen“ fordert, die Staatsregierung aber bislang keine ausreichenden konkreten Maßnahmen im schulischen Bereich ergriffen hat, um den strukturellen Antisemitismus wirksam zu bekämpfen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- eine landesweite Fortbildungsoffensive für alle Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulaufsichten zum Erkennen von und zum angemessenen Umgang mit Antisemitismus aufzulegen,
- gemeinsam mit RIAS Bayern und den jüdischen Gemeinden altersgerechtes und praxistaugliches Unterrichtsmaterial zur Antisemitismusprävention zu entwickeln und allen Schulen zur Verfügung zu stellen, insbesondere für die Verfassungsviertelstunde,

- eine niedrigschwellige schulische Melde- und Beratungsstruktur für Betroffene antisemitischer Vorfälle einzurichten, die in enger Zusammenarbeit mit RIAS Bayern und den Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz arbeitet,
- die Zusammenarbeit zwischen dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales bei der schulischen Antisemitismusprävention institutionell zu verankern und ein ressortübergreifendes Handlungskonzept vorzulegen,
- die Schulpsychologischen Dienste und Beratungslehrkräfte durch gezielte Fortbildungen in die Lage zu versetzen, von Antisemitismus betroffene Schülerinnen und Schüler kompetent zu unterstützen,
- dem Landtag innerhalb von sechs Monaten einen Bericht über den Stand der Antisemitismusprävention an bayerischen Schulen vorzulegen.

Begründung:

Die neue RIAS-Publikation macht in erschreckender Klarheit deutlich: Antisemitismus ist an bayerischen Schulen kein Randphänomen, sondern ein strukturelles Problem. Jüdische Kinder und Jugendliche erleben in ihrem Schulalltag verbale Übergriffe, Verharmlosungen des Holocaust und sogar Gewaltandrohungen. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die Lage noch einmal massiv verschärft. Dass Betroffene ihre jüdische Identität zunehmend verbergen, ist ein alarmierendes Signal für den Zustand unserer Bildungseinrichtungen als Orte der Demokratie und des gegenseitigen Respekts.

Besonders erschütternd ist die Erkenntnis, dass antisemitische Äußerungen auch von Lehrkräften ausgehen – also von jenen Personen, die eine besondere Vorbildfunktion und Schutzverantwortung gegenüber ihren Schülerinnen und Schülern tragen. Die Tatsache, dass Umstehende in den meisten geschilderten Situationen schwiegen, offenbart die Hilflosigkeit, die den Betroffenen zusätzlich schadet und dem Antisemitismus Raum gibt. Die RIAS-Studie bestätigt zudem, was die Befragten selbst fordern: Lehrkräften fehlt vielfach das notwendige Wissen, um Antisemitismus überhaupt zu erkennen und pädagogisch angemessen darauf zu reagieren.

Wenn die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales zu Recht feststellt, dass Antisemitismus an Schulen unerträglich sei und „Prävention an Schulen“ fordert, dann muss diese Forderung endlich mit konkreten, verbindlichen Maßnahmen unterlegt werden. Es reicht nicht aus, die Arbeit von RIAS Bayern zu loben und auf bestehende Projekte zu verweisen, während der strukturelle Antisemitismus an Schulen nachweislich zunimmt. Zwischen den Worten der Staatsregierung und den Erfahrungen jüdischer Schülerinnen und Schüler klafft eine Lücke, die dringend geschlossen werden muss.

Die im Antrag geforderten Maßnahmen setzen dort an, wo der Handlungsbedarf am größten ist: bei der Stärkung der Melde- und Beratungsstrukturen und bei der Bereitstellung geeigneter Unterrichtsmaterialien. Die ressortübergreifende Zusammenarbeit zwischen dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus und dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales ist dabei zwingend erforderlich, da Prävention nicht an Ressortzuständigkeiten scheitern darf. Schulen sind Orte, an denen die Werte unserer Demokratie gelebt und verteidigt werden müssen. Jüdische Schülerinnen und Schüler haben das Recht, sicher und ohne Angst zu lernen. Dieses Recht einzulösen, ist nicht nur eine bildungspolitische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.